

Heimliche Machthaber oder missbrauchte Abhängige?

ZUR ROLLE DER INOFFIZIELLEN STASI-MITARBEITER VOR UND NACH DER WENDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Drei Anmerkungen vorweg:

1.) Die inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter waren weder schwarz noch weiß, sondern meistens farblos. Sie waren auch nicht unsichtbar, wengleich ihre Hintermänner, die Führungsoffiziere unsichtbar waren, weil sie im Dunklen blieben. Unsichtbar waren auch die Fäden, an denen die Stasi-IM wie Marionetten in Stellung gebracht und in Bewegung gesetzt wurden.

2.) Die IM der Stasi waren ganz und gar „gebunden“ in ihrem Wirken. Oft wussten sie nicht einmal, wozu sie diesen oder jenen Auftrag auszuführen hatten. Sie waren Werkzeuge der Diktatur, Instrumente der Macht – aber sie selbst hatten keine Macht im eigentlichen Sinne, auch keine heimliche Macht. Selbst wenn sie hier offensiver und dort zurückhaltender berichteten, war nicht sicher, ob das auch eine entsprechende Wirkung hat.

3.) Bei der Instrumentalisierung der Angst im Stasi-Staat hatten die Spitzel eine wichtige Rolle zu spielen – aber sie waren bei weitem nicht die einzigen Mitspieler in dieser Inszenierung!

Wie habe ich vor 1990 das Wirken der Stasi und ihrer heimlichen Helfer erlebt?

Wie fühlte sich der Stasi-Druck an, als ich in den 80er Jahren in der oppositionellen Friedens- und Umweltbewegung engagiert war? 1984, als ich eine Protest-Demonstration

von Bitterfeld nach Wolfen initiiert hatte, in den Jahren danach, als ich Ost-West-Begegnungen von Basisgruppen organisierte, seit 1986, als ich an einer kritischen Studie über die Folgen des Uranbergbaus der Wismut schrieb, die ich 1988 im Wachsmatrizen-Verfahren selbst gedruckt habe; oder 1987, als ich heimlich für die ARD ein Video im Wismut-Gebiet gedreht hatte? Für mich war damals „die Stasi“ keine abstrakte Gefahr, sondern eine reale Bedrohung.

Man musste genau überlegen, was man mit wem besprach. Aber auch mit denen, denen man vertraute, konnte man nicht überall alles offen besprechen. Wir rechneten – und zwar zu Recht – mit geöffneten Briefen, abgehörten Telefongesprächen und mit Wanzen, also abgehörten Gesprächen in Räumen. Wenn wir z. B. zu bestimmten Umweltproblemen eine kritische Öffentlichkeit herstellen und nicht schon auf halbem Wege gestoppt werden wollten, dann mussten wir selber konspirieren. Eine zumindest zeitweilige Selbstisolation wurde mehr und mehr zur Bedingung für unseren Erfolg.

Aber diese Zurückhaltung bedeutete für uns nicht, dass wir jeden, den wir nicht einbezogen für einen potenziellen Stasi-IM hielten! Die Spitzelfrage war damals nicht so konkret, wie es im Nachhinein oft erscheint. Zum einen hatten wir ohnehin keine Chance, einen Verdacht zu überprüfen; zum anderen wussten wir, dass auch ein indirekter Verrat möglich war: Auch wer selber nichts mit der Stasi zu tun hatte, konnte ja in sei-

DRESDEN

MICHAEL BELEITES

2. Dezember 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

ner Umgebung an Leute geraten, die Informanten waren.

Weitaus mehr als die Spitzel haben mir die mehr oder weniger offen agierenden Stasi-Helfer zu schaffen gemacht. Leute, die als Funktionäre offiziell in Erscheinung traten: Die Museumsdirektorin, die mir eine Delegation fürs Studium verweigerte und mich so lange mit „Kadergesprächen“ terrorisierte bis ich kündigte; die Volkspolizei-Offiziere, die mir Berlin-Verbot erteilten; die Grenz-Kontrolleure, die mich immer wieder in Bad Schandau aus dem Zug holten und mir eine Ausreise in die Tschechoslowakei verwehrt; oder der Abteilungsleiter vom Rat des Bezirkes, der mir drohte, ohne zwei Mann Begleitschutz würde ich nicht heil zum geplanten Uran-Vortrag in der Ronneburger Kirche eintreffen... Sie alle waren erkennbar von der Stasi instruiert und haben z. T. als Nomenklaturkader solche Aufträge ausgeführt – ob sie den Status eines „Inoffiziellen Mitarbeiters“ des MfS hatten oder nicht, war für mich damals uninteressant. Heute weiß ich zweierlei: Erstens, dass sie tatsächlich von der Stasi instruiert waren und zweitens, dass diese Leute den IM-Status nicht hatten – und aus den Überprüfungsverfahren der 90er Jahre als „unbelastet“ hervorgegangen sind.

Wie das IM-System funktionierte, war mir durchaus schon damals bekannt. Denn zwei von denen, die auf mich angesetzt waren, haben sich mir anvertraut und mir erzählt, wie sie in dieses IM-Verhältnis hineingekommen waren – und dass sie nun bei jedem „Treff“ alle vier Wochen in einer „konspirativen Wohnung“ nach mir befragt wurden. Einem der beiden habe ich gebeten, nicht gleich auszusteigen, sondern das Spiel noch eine Weile weiter zu betreiben. So haben wir uns abgesprochen, was er der Stasi übermittelte und was nicht. Meine Hoffnung, dass so das Feindbild entschärft werden könnte, das die Stasi von mir hatte und schließlich die Reisesperre aufgehoben werden könnte, ging nicht auf. So hat er dann 1988 das heimliche Arbeitsverhältnis mit dem MfS aufgekündigt – eine damals sehr mutige Entscheidung.

In den Jahren 1989/90 war ich in Gera als Bürgerkomitee-Mitglied an der Stasi-Auflösung beteiligt und zu den Fragen des Umgangs mit den Stasi-Akten nahm ich als Berater des Neuen Forums an einigen Sitzungen des Zentralen Runden Tisches in Ost-Berlin teil. Um über den künftigen Umgang mit den Stasi-Akten urteilen zu können, wurde ich beauftragt, eine solche Akte anzusehen und zwar möglichst die eigene. Nach zähen Verhandlungen in Gera gab es schließlich eine Einwilligung des Regierungsbeauftragten. So war ich einer der ersten, der seine eigene Stasi-Akte in die Hand bekam. Überreicht hat sie mir der Stasi-Bezirkschef selbst und das erste Mal aufblättern durfte ich sie nur unter seinen Augen – in seinem Büro.

Was ich dort zu sehen bekam, waren nicht nur Berichte von Informanten, sondern auch die „Maßnahmepläne“ der Führungsoffiziere. All die meist diffusen Repressionen, die ich in den vorangegangenen Jahren erdulden musste, waren hier schwarz auf weiß aufgelistet. Auch die Instruktionen für die insgesamt 25 IM in meinem näheren und weiteren Umfeld sowie für die etwa 15 offiziellen Stasi-Helfer fanden sich hier. Und unter diesen Maßnahmeplänen standen Namen. Die Namen derer, die sich das ausgedacht hatten. Zum Teil waren das Leute, mit denen wir als Bürgerkomitee gerade in „Sicherheitspartnerschaft“ – wie es damals hieß – gemeinsam die Stasi abwickelten. Ich wollte nun mit denen, die mir das Leben schwer gemacht und meine berufliche Entwicklung blockiert hatten, ins Gespräch kommen. Ich wollte wissen, was ihre Motivation für das Ganze war.

Und nun erlebte ich etwas für mich zunächst völlig Überraschendes: Die hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter, die die Repressionen gegen mich selbst geplant hatten und dafür die wirkliche Verantwortung trugen, waren zum Gespräch mit mir bereit. Die meisten von denen haben sich bei mir entschuldigt und recht offen über ihre damaligen Beweggründe und Überzeugungen gesprochen. Ganz anders verhielten sich diejenigen, die der Stasi zugearbeitet hatten: Von den 25 inoffiziellen und ca. 15 offiziellen Stasi-Helfern sind mir fast alle auch in den Jahren

1990 und 1991 noch begegnet und viele habe ich angesprochen. Bis auf zwei haben sie alle ihre Stasi-Mitarbeit abgestritten. Selbst als die Beweise auf dem Tisch lagen, haben sie sich einem offenen Gespräch nicht gestellt. Bis heute nicht.

Was unterscheidet die inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter von den Führungsoffizieren?

Diese Erfahrung hat mir vor Augen geführt, dass es sich bei den Stasi-IM mehrheitlich um Menschen handelt, die ihr damaliges Tun weder verteidigen noch sich davon distanzieren. (Der Landtagsabgeordnete Volker Kùlow, der seine Stasi-Mitarbeit in Ordnung findet und es auch wieder tun würde, ist da eine absolute Ausnahme!) Die meisten der früheren IM streiten alles ab oder sie verhalten sich überhaupt nicht dazu. Vielleicht sind sie dazu gar nicht in der Lage. Viele Stasi-Opfer wollten damals denen, die schuld an ihrem Schicksal waren, vergeben – wenn diese ihre Schuld erkannt und benannt hätten. Doch genau das taten sie nicht. Die christlichen Maßstäbe von einem Schuldbekennnis, das vor einer Schuldvergebung stehen muss, schienen hier ins Leere zu laufen. Vielleicht konnten die früheren IM die eigene Schuld nicht klar genug erkennen, weil sie zwar Tatbeteiligte waren, aber die Pläne für die Taten gar nicht kannten? Vielleicht war es den früheren Stasi-Helfern auch nicht möglich, sich bei Licht zu einer Sache zu verhalten, die nur im Dunklen abgelaufen war?

Schließlich waren sie in einer viel peinlicheren Lage als ihre Führungsoffiziere. Damit, dass ihre „konspirative Verbindung“ irgendwann aufgedeckt wird, hatten sie alle nicht gerechnet. Aber als die Decke hochgehoben wurde, standen die IM wie nackt im hellen Scheinwerferlicht. Die Führungsoffiziere hatten wenigstens etwas an, sie waren ja nicht in einer solchen Weise „ertappt“ worden, weil sie einen Dienst taten, von dem ihr Umfeld wusste. Das, was da in den „konspirativen Wohnungen“ ablief, war nur für die IM eine heimliche Affäre – für die Offiziere war es das tägliche Geschäft. Vor allem aber war das Verhältnis zwischen IM und Führungsoffizier immer eine asymmetrische Beziehung. Die IM waren in einem Abhän-

gigkeitsverhältnis. Sie wurden „gesteuert“, so hieß es im Stasi-Deutsch. Im Klartext heißt das, sie wurden missbraucht. Nein, von der Verantwortung für die Folgen ihres Tuns kann man die IM nicht freisprechen. Aber dennoch waren sie in gewisser Weise auch Opfer eines politischen Missbrauchs. Und Missbrauchsoffer gehören eigentlich zum Therapeuten – und nicht an den Pranger.

Ich will hier nicht die Tatsache der Überprüfungen pauschal in Zweifel ziehen; die waren zwar einseitig, weil nur auf Stasi-IM bezogen, aber durchaus berechtigt. Auch das Verfahren dazu war überwiegend korrekt, weil es wie alle Personalsachen vertraulich ablief und den Einzelfall berücksichtigte. Aber bei vielen Bewertungen sind die Relationen aus dem Blick geraten. Insbesondere war aber die öffentliche Begleitmusik, also die Rolle der Medien und der Öffentlichkeit zuweilen destruktiv. Oft wurde der Eindruck erweckt, als seien die Stasi-IM die Hauptschuldigen oder gar die Alleinschuldigen an der SED-Diktatur.

Wenn ich hier über die Rolle der inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter spreche, so geht das nicht ohne vorab deutlich zu machen, was das Charakteristische dieser Diktatur war, und wo die Stasi-IM in diesem System zu verorten sind. Heute glaubt mancher, ohne die Stasi sei die DDR ein demokratischer Rechtsstaat gewesen. Das ist ein Trugschluss, denn die Diktatur wirkte auch da wo die Stasi nicht war. Ein Kennzeichen von Diktatur ist es, dass Eltern ihren Kindern einschärfen, die zu Hause in Familie vertretenen Meinungen in der Schule nicht zu vertreten. Es ging um nicht weniger, als darum, dass die Kinder nicht zu Verrätern ihrer Eltern würden. Diese Last hat mehreren Generationen eine Art Zwidenken antrainiert, das sehr wohl gravierende mentale Spuren hinterließ. Auch unter den Erwachsenen war es normal, zwischen privater Meinung und offen geäußelter Meinung zu unterscheiden. Es gab nur zwei Gruppen, bei denen sich auch die öffentlich geäußerte Meinung im Einklang mit ihrer inneren Überzeugung befand: Auf der einen Seite waren dies die wenigen wirklich überzeugten SED-Genossen und die meisten Stasi-

2. Dezember 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Offiziere – auf der anderen Seite waren es die wenigen erklärten Oppositionellen und ein Teil der kirchlichen Amtsträger. Alle anderen, also der übergroße Teil der Gesellschaft hatte die Spaltung von privatem und öffentlichem Sprechen mehr oder weniger verinnerlicht.

Es gab eine Gruppe von Menschen, bei der diese Spaltung nicht nur das Denken, sondern das ganze Bewusstsein erfasste: Das waren die inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi. Die haben meist nach beiden Seiten hin, also sowohl gegenüber dem Führungsoffizier als auch gegenüber dem Bespitzelten aktiv geschauspielert. Viele haben darüber früher oder später ihre eigene Überzeugung aus dem Blick verloren – oder sie hatten nie eine. Jedenfalls waren die Stasi-IM nicht Machthaber und nur sehr bedingt „Täter“. Sei waren in erster Linie Werkzeuge der Stasi. Sie wussten meist nicht, wozu sie gerade gebraucht, oder genauer: missbraucht wurden. Die IM hatten es sich nicht ausgedacht, dass dieser oder jener kaltgestellt oder gar inhaftiert werden sollte. Die Pläne für politische Repressionen waren ein Werk der Stasi-Führungsoffiziere, oft auch ein Werk der jeweiligen SED-Führungen. Die IM waren Helfer bei Taten, die nicht wirklich ihre Taten waren.

Hier ist noch eine andere Frage von Belang: wer wurde eigentlich IM? Wer sich selbst anbot, für die Stasi zu arbeiten, wurde prinzipiell nicht genommen. Oft wurden solche „Selbstbewerber“ sogar anschließend wegen Spionageverdacht überwacht. Es war prinzipiell so, dass die Stasi sich selbst und gezielt ihre „IM-Kandidaten“ für Anwerbungen ausgesucht hatte. Oft waren es Menschen aus dem näheren Umfeld von „Zielpersonen“ oder solche, die für eine „Heranschleusung“ an solche geeignet erschienen. Oder in einem bestimmten Bereich, z. B. in einer Schule, fehlte noch ein Informant. In solchen Fällen ist die Stasi nie auf Leute zugegangen, die überzeugte SED-Genossen, stalinistische Scharfmacher oder ganz feige Mitläufer waren. Das MfS hat sich meist solche Menschen ausgesucht, die eine gewisse Distanz zum politischen System erkennen ließen; denen sich auch Kritiker anvertrauen würden. Und diese sind dann, so sie nicht

sofort einknickten, mehr oder weniger stark genötigt, oft auch richtiggehend erpresst und getäuscht worden, um einer Zusammenarbeit mit der Stasi zuzustimmen. Sobald sich jemand auf die Geheimhaltung einer Stasi-Verbindung eingelassen hatte, befand er sich im Abhängigkeitsverhältnis. Die Entwicklung zu einem abhängigen und missbrauchten Instrument der Diktatur nahm dann ihren Lauf.

Die Aufarbeitung des Stasi-Systems und ihre Fehlentwicklungen

Anfang 1990, nachdem ich meine eigenen Stasi-Akten gesehen hatte, habe ich mich sehr für eine Öffnung der Stasi-Akten für Betroffene engagiert. Mir war klar, dass die Mehrzahl der Stasi-Repressionen im Verborgenen abgelaufen war, insbesondere die verdeckten „Zersetzungsmaßnahmen“. So bezeichnete das MfS die „systematische Organisation beruflicher Misserfolge“ oder die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes“. ¹ Es ging also um die Vermittlung von Klarheit. Man erfährt ja aus den Stasi-Akten nicht nur was war, sondern auch was nicht war; man liest nicht nur wer einen verraten hat, sondern auch, wer einen nicht verraten hat. Die Betroffenen sollten schwarz auf weiß lesen, welche berufliche Behinderung die Stasi veranlasst hatte und welche nicht. Sie sollten erfahren, von wem die Stasi ihre Informationen hatte und von wem nicht. Und sie sollten sehen, welche IM offensiv und welche zurückhaltend agierten. Da gab es große Unterschiede, die für den Betroffenen sofort erkennbar sind. Für mich war diese Klarheit zwar auch bitter, aber vor allem war sie befreiend. Dass dieses allgemeine Akteneinsichtsrecht für Stasi-Opfer tatsächlich mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz von 1991 Wirklichkeit wurde, gehört aus meiner Sicht zu den größten Erfolgen der friedlichen Revolution. Hier ist der „deutsche Weg“ beispielgebend für andere Länder mit diktatorischer Vergangenheit. Eine Offenlegung der Stasi-IM jenseits der Öffnung von Opfer-Akten war für mich da-

¹ Vgl. MfS-Richtlinie 1/76 über Operative Vorgänge

mals kein zentrales Anliegen, aber auch ich war für die Überprüfung.

Warum wollten wir denn 1990 die Überprüfung aller öffentlichen Amts- und Funktionsträger auf eine eventuelle Stasi-Verbindung? Nicht weil wir dachten, dass die Stasi-Agenten die einzigen waren, die für das System der politischen Repression verantwortlich waren. Wir wollten die neuen Beamten und Mandatsträger überprüfen, weil die inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter die unbekannteren Unterstützer der Diktatur waren. Dass man die anderen – bekannten – Systemträger der DDR nicht übergangslos zu Repräsentanten der Demokratie machen würde, schien selbstverständlich.

Doch im Schatten der Debatten um die IM-Enthüllungen konnten frühere SED-Parteisekretäre, stalinistische Schuldirektoren, militante Kampfgruppen-Kommandeure, dunkelrote Bonzen aus den Räten der Bezirke und betonköpfige Volkspolizei-Chefs schnell Karriere machen. Die früheren SED-Nomenklaturkader hatten jetzt einen entscheidenden Vorteil: In der DDR waren sie – oft per Arbeitsvertrag – zur offiziellen Zusammenarbeit mit der Stasi verpflichtet. Eine Registrierung als "Inoffizieller Mitarbeiter" der Stasi kam für all diejenigen nicht in Betracht, die offiziell mit dem MfS zusammenarbeiteten. Den Befund "Gauck-negativ" konnten sie nun ummünzen in "politisch unbelastet". Mit jedem Jahr trat deren offizielle Nähe zum Stasi-System mehr in den Hintergrund – und heute sind die offiziellen Verstrickungen nahezu ebenso wenig bekannt wie die inoffiziellen. Wer als DDR-Funktionär mit der Stasi im Rahmen des "politisch-operativen Zusammenwirkens" kooperierte, also Aufträge der Stasi zur Überwachung und Unterdrückung von politisch Verfolgten ausführte, ohne selbst Mitarbeiter des MfS zu sein, bekam von der Gauck/Birthler-Behörde einen "Persilschein".

Neben der offenkundigen Ungerechtigkeit bei Personalentscheidungen hat die einseitige Fokussierung auf die Stasi aber noch eine weitere und weit bedenklichere Folge: Wir können der nächsten Generation nicht mehr vermitteln, was das Wesen der SED-

Diktatur war und wie sie im Alltag wirkte. Heutige Abiturienten wissen wohl, dass es in der DDR Mauerschützen und Maueropfer, Stasi-Offiziere und politische Häftlinge, Spitzel und Bespitzelte gab. Aber wie die Mitläufergesellschaft der übergroßen Mehrheit funktionierte, wie die Menschen von der Schule an zur Anpassung genötigt, wie Doppelzüngigkeit und Selbstzensur zum Alltag gehörten – und warum trotz aller Wahlfälschung über 95 Prozent der Menschen tatsächlich die Kandidaten der Nationalen Front wählten und ihre Kinder mit der „Jugendweihe“ auf den Sozialismus einschwören ließen – das kann sich die heutige Jugend nicht im Entferntesten vorstellen.

Die Geschichte der SED-Diktatur ist nicht allein mit Mauer und Stacheldraht, Speziallagern und Sondergefängnissen, Bespitzelung und Verrat zu beschreiben. Das sind die Bedingungen des totalitären Systems gewesen. Die Folgen von 40 Jahren Staatssozialismus waren – und sind bis heute – indes weit umfassender: Dazu gehören der wirtschaftliche Niedergang, die ökologische Verwüstung, der Städteverfall ("Ruinen schaffen ohne Waffen") und die kulturelle Armseligkeit der geschlossenen Gesellschaft ebenso wie die allgemeine Verunsicherung, die Verkümmern der Gesprächskultur und eine weit verbreitete Intoleranz. Letztere sind Folgen einer allumfassenden Nötigung zur Verstrickung mit dem System. Und genau das ist das Besondere der posttotalitären Gesellschaft, in der wir leben: Die Mehrheit der Erwachsenen ist beim DDR-Thema, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, aber doch irgendwie befangen. Und solange das viele „zwangsfreiwillige“ Mitlaufen im SED-Staat unreflektiert bleibt, werden die alten Befangheiten nicht aufgelöst. Viele gehen den Weg in die demokratische Zivilgesellschaft noch immer gehemmt. So ist es nicht verwunderlich, wenn es manchem schwer fällt, die Werte der Freiheit offen zu vertreten, geschweige denn, den Widerstand in der DDR zu würdigen und die politische Verfolgung zu verurteilen. Wir müssen als Ostdeutsche über die damaligen Zwänge offen sprechen. Ich wollte ja nicht deswegen unbedingt zu den Pionieren und in die FDJ, weil ich für Mauer

und Stasi-System war, sondern weil ich nicht isoliert sein wollte.

Wir brauchen eine Aufarbeitung, die nicht nur danach fragt, wer war dabei, sondern die danach fragt, wie konnte das so funktionieren? Das bedingt auch auf eine tabufreie Analyse der totalitären Gesellschaft aus der wir kommen. Und diese Analyse wurde verfehlt mit einer Fragebogen-Politik, die zwar in Sachsen auch nach Kaderfunktionen fragte, aber dann nur Stasi überprüfte. Was hat es gebracht, dass man den öffentlichen Dienst in ganzer Breite, mit jedem Hausmeister und jeder Köchin durch die MfS-Karteien zog – und dabei in der Gauck-Behörde die Wartezeiten auf Akteneinsicht für Opfer um Jahre verlängerte? Im Wesentlichen hat das den früheren Kadern ein Alibi verschafft, um von ihrer Verstrickung abzulenken.

Aber eine gleichwertige Überprüfung auf die Systemnähe – im Hinblick auf ehemalige DDR-Funktionäre und SED-Nomenklaturkader – kann man nun nicht nachholen. Heute, nachdem das achtzehn Jahre versäumt wurde, ist das weder durchsetzbar noch praktikabel. Und man müsste nun dabei auch bedenken, dass einige der im öffentlichen Dienst beschäftigten früheren SED-Kader inzwischen tatsächlich "umgedacht" haben und sich mit den Zielen des Rechtsstaates identifizieren. Wenn jetzt ihr Tun vor 1990 höher bewertet würde als ihr Tun nach 1990, könnte das die Betroffenen politisch dorthin zurückdrängen, wo sie her kamen.

Was aber keinesfalls passieren darf, das ist die Gleichsetzung von ostdeutscher Biographie mit Funktionärslaufbahn und Stasi-Tätigkeit schlechthin, wie es von Vertretern der Linkspartei immer wieder getan wird. Das wäre ein Schlag ins Gesicht aller, die damals, um anständig zu bleiben, ihre Karrierechancen begraben haben – und erst recht für diejenigen, die dem massiven Druck der Stasi-Anwerbeversuche widerstanden haben. Wir wissen heute, dass ein sehr großer Teil derer, die von der Stasi angeworben werden sollten, ohne Rücksicht auf eigene Nachteile "Nein" gesagt hat!

Was sind nun die Folgen dieser Einseitigkeit?

Durch die einseitige Fokussierung auf Stasi und Stasi-IM sind der Öffentlichkeit nicht nur die Relationen für das Maß von Verstrickung in die Diktatur abhanden gekommen. Obwohl die IM der Stasi nicht die eigentlichen „Täter“ waren, sondern als Werkzeuge missbrauchte Leute, die überwiegend nicht aus eigener Initiative für die Stasi arbeiteten, wurden sie wie die Hauptschuldigen behandelt. Schlimmer noch: Es wurden alle jenseits der Spitzel-Tätigkeit liegenden Verantwortlichkeiten für das System vernebelt oder ganz ausgeblendet.

Weil es ein Überprüfungsverfahren nur für Stasi-Tätigkeit gab, konnten hohe SED-Funktionäre ihr Abgeordneten-Mandat behalten, auch wenn sie nachweislich als Auftraggeber der Stasi gewirkt hatten. Dadurch ist in der Bevölkerung der fatale Eindruck erweckt worden, dass man nur die Kleinen zur Verantwortung zieht und die Großen laufen lässt.

Die Zentralstellung der Frage „wer war dabei“ hat nicht nur die viel wichtigere Frage überlagert, wie ein solches System überhaupt funktionieren konnte. Wir haben auch eine Chance verpasst, über politische Entwicklungsprozesse des Einzelnen zu sprechen. Eine Debatte über Wertewandel und persönliche Umkehr fand nicht statt, weil der ostdeutsche Weg der politischen Erneuerung nicht auch auf eine glaubwürdige Veränderung von Menschen, sondern nur auf einen Austausch von Personen setzte. Damit wurden einerseits die Übernommenen genötigt, ihre jetzige demokratische Haltung in die Vergangenheit hinein zu projizieren. Wer in den Öffentlichen Dienst übernommen wurde, musste so tun, als ob er von Jugend an die Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates vertreten hätte, selbst wenn er früher im Staatsapparat der DDR beschäftigt war. Andererseits wurden die nicht Übernommenen genötigt, ihre damaligen Positionen mit in die Gegenwart hineinzutragen. Viele der ehemaligen Stasi-IM wurden in eine Rolle gebracht, in der sie nun das Stasi-System im Ganzen verteidigten. Das führte dann insgesamt dazu, dass nicht

ein offener und selbstkritischer Diskurs über Nötigung und Verstrickung oder über die Befreiung vom Anpassungsdruck die Erinnerungskultur bestimmt – sondern nur Verleugnung auf der einen und Rechtfertigung auf der anderen Seite.

Wer hatte Interesse an einer solchen Entwicklung?

Nun ist der Frage nachzugehen, wer denn eigentlich Interesse an einer solchen Entwicklung hatte. Ich sehe hier drei Gruppen von Interessenten:

Die erste ist die damalige SED, die gerade zur PDS mutierte und die politische Verantwortung für die Folgen der Diktatur von sich weg schieben wollte. In diesem Zusammenhang ist es interessant, was der frühere Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer vor einem Jahr im Interview sagte. Der neue Ministerpräsident Hans Modrow habe am 3. Dezember 1989 einen kleinen Kreis der erneuerten SED-Parteiführung in sein Büro geladen, Wolfgang Pohl, Markus Wolf, Gregor Gysi und ihn. Dort habe Modrow gesagt, „Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige!“ Auf die Frage, wer das sein soll, habe er geantwortet, „das Ministerium für Staatssicherheit“ und als „hauptverantwortliche Person“ habe er Alexander Schalck-Golodkowski benannt.²

Wenn wir uns an die Ereignisse Anfang Dezember 1989 zurück erinnern, scheint sich eine gewisse Inszenierung der Ereignisse zu bestätigen: Am 2. Dezember 1989 wurde das Waffenlager der KoKo-Firma IMES in Kavelisdorf im DDR-Fernsehen vorgeführt und so die Skandalisierung Schalcks begonnen. Am 4. und 5. Dezember 1989 wurden die meisten Stasi-Bezirksverwaltungen von Demonstranten und Bürgerkomitees besetzt. In Ost-Berlin richtete sich das Interesse nur auf die Bezirksverwaltung und nicht auf die Stasi-Zentrale, die erst fünf

Wochen später an der Reihe war. In Gera z. B. gab es Anfang Dezember 1989 noch kein Bürgerkomitee – und dennoch am 5. Dezember eine kleine Ersatz-Stasi-Besetzung: Die Stasi hatte von sich aus je einen Vertreter der alten und der neuen Parteien und einen Pfarrer eingeladen, um einer Zeremonie beizuwohnen, die in Gera niemand verlangt hatte. Ein von der Stasi bestellter Staatsanwalt wurde gebeten, unter den Augen der ebenfalls einbestellten SED-Presse symbolisch eine Aktenvernichtungsmaschine zu versiegeln.

Am 7. Dezember 1989 schickte der neue Stasi-Chef, Wolfgang Schwanitz, ein Telex an die noch unbesetzten Bezirksverwaltungen, in dem es hieß: „Da damit zu rechnen ist, daß autorisierte Kontrollgruppen, bestehend aus Vertretern staatlicher Organe sowie von Bürgerrechtsbewegungen, gebildet und in den BAFNS und anderen Dienststellen Arbeits- und Kontrollmöglichkeiten erhalten werden, [...] sind die Öffnung von Räumen und Schränken sowie die Einsichtnahme in Dokumente und Unterlagen zu ermöglichen.“ Für die Bezirksleitungen der SED gab es eine solche Instruktion nicht. Im vollen Bewusstsein, hier offenbar auf ein Nebengleis geschoben zu werden, haben die Vertreter der Bezirks-Bürgerkomitees bei ihrer ersten zentralen Zusammenkunft am 4. und 5. Januar 1990 in Leipzig eine ganze Nacht lang diskutiert, um dann in einer Presseerklärung zu formulieren: „Für die verfassungswidrige Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit trägt die SED Verantwortung. Eine Namensänderung kann sie hiervon nicht entbinden. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, gegen die SED-PDS wegen des Verdachtes verfassungswidriger Aktivitäten zu ermitteln.“ Doch dieser Impuls wurde ausgebremst. Dafür reichte die Macht der SED Anfang 1990 noch immer.

Nach der Einschätzung von Berghofer, „hat sich dieser Schachzug von Modrow zur Rettung der SED als genial erwiesen, weil er funktioniert hat und bis heute funktioniert. Schuld an der Misere und dem Untergang der DDR sind scheinbar das MfS und die Figur, die am meisten Unheil angerichtet hat und auf Kosten des Proletariats in Saus und Braus gelebt hat. Daneben gab es noch ein

² Vgl.: Wilke, Manfred (2007): „Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige“ Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90. Interview mit Wolfgang Berghofer. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007, Aufbau-Verlag. S. 396ff

paar Trottel in der Parteiführung, aber die waren alt und nicht mehr zurechnungsfähig. Die eigentlichen Machtstrukturen sind alle aus dem Bewusstsein verschwunden, niemand kennt sie mehr.“ – so Berghofer.

Hier hat Wolfgang Berghofer absolut Recht, denn die Stasi-Debatte wirkt bis heute für die SED, welchen Namen sie auch gerade trägt, wie ein Blitzableiter. Das MfS war als „Schild und Schwert der Partei“ konzipiert, und es wirkt noch 19 Jahre nach seinem Tod als „Schild der Partei“.

Die zweite Gruppe, die Interesse an dieser Entwicklung hatte, sind die ehemaligen Nomenklaturkader und offiziellen Stasi-Helfer. Die Funktionäre in Staat und Politik (einschließlich der Blockparteien) sowie in nahezu allen quasi „öffentlichen“ Bereichen, vom Schuldirektor bis zum LPG-Vorsitzenden, waren in ganz ähnlicher Weise in das Repressionssystem eingebunden, wie die inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter. Nicht jeder von ihnen wurde vom MfS beansprucht, aber wenn die Stasi kam, konnten sie sich nicht entziehen. Viele von diesen Kadern haben im „politisch-operativen Zusammenwirken“ mit dem MfS nichts anderes getan, als die IM: Informationen weitergegeben und Aufträge ausgeführt. Solche Aufträge waren für die Betroffenen meist folgenreicher als die von den IM ausgeführten: Denn nicht der Nachbar oder der Mitschüler setzte eine Verhinderung des Abiturs um, sondern der Schuldirektor und der Kreisschulrat. All diese Leute hatten ein Interesse daran, mit den Finger auf andere zu zeigen und die Stasi-Spitzel als die Alleinschuldigen hinzustellen.

Die dritte Gruppe, die Interesse daran hatte, politische Verantwortung für die sogenannte „Mitmach-Diktatur“ allein an den Stasi-IM festzumachen, ist ein großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung. Denn auch für diejenigen, die zwar nicht so intensiv verstrickt waren, wie die Funktionäre und Nomenklaturkader, aber dennoch im Alltag vielen Nötigungen des Regimes nachgegeben haben, war es am bequemsten, auf die Stasi-Spitzel zu zeigen.

Fazit

Abschließend möchte ich noch einmal auf das Motto dieser Vorlesungsreihe eingehen: „Wie schmeckte die DDR“ – ist ein genialer Titel. Er erweckt jedoch den Eindruck, dass die DDR mit all ihren Nachwirkungen Geschichte sei. Aber genau dies ist nicht der Fall. Die DDR gibt es nicht mehr, doch ihr Geschmack ist längst noch nicht vergangen. Man schmeckt die DDR immer noch. Überall, wo uns eine Mischung aus Befangenheit und Verdrängung begegnet, schmeckt es nach DDR. Das ist ein Aroma, das bis heute die ostdeutsche Gesellschaft durchzieht. Ich meine da nicht nur die knapp zwanzig Prozent der erwachsenen DDR-Bevölkerung, die Mitglied der SED waren – und erst recht nicht nur die weniger als zwei Prozent der Bevölkerung, die Stasi-Informanten waren. Die Nötigung zur Verstrickung in das System war allumfassend. Ebenso umfangreich waren und sind die Befangenheiten und Verdrängungen, die daraus resultieren. Und das ist mehr, als nur irgendein indifferenter Nachgeschmack. Es gibt eine bis heute in ganz Ostdeutschland wahrnehmbare spezifische Geschmacksnote. Das ist die Geschmacksnote gebremster Freiheit.